



Konferenz der Landesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

PRESSEMITTEILUNG

24. April 2016

Bundeskongress würdigt Widerstand der Demokraten gegen Stalinisierung

Justizministerin Kuder für verbesserte Rehabilitierungsregelungen

Rostock. Die Vereinigung von SPD und KPD vor 70 Jahren ist mit Recht als Zwangsvereinigung zu bezeichnen, so Prof. Dr. Beatrix Bouvier auf dem 20. Bundeskongress der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Der Kongress tagte vom 22. bis 24. April in Rostock zum Thema „Zwangsvereinigung. Der Zusammenschluss von SPD und KPD 1946 und das Parteiensystem in Ostmitteleuropa“.

Angesichts der zahlreichen Verhaftungen von Parteimitgliedern durch die sowjetische Besatzungsmacht wäre mehr als symbolischer Widerstand nicht möglich gewesen. In der Erfahrung im Widerstand „gegen eine verhasste Diktatur ... liegt viel Kraft und Selbstbewusstsein verborgen. Wir werden sie brauchen müssen, wenn wir wollen, dass unsere Gesellschaft den eingeschlagenen demokratischen Weg weitergeht“, betonte Stephan Hilsberg, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) 1989.

Die Rektorin der Hochschule für Musik und Theater Rostock Dr. Susanne Winnacker und Schauspielprofessor Markus Wunsch beeindruckten die Teilnehmer mit einer Lesung von Texten des aus Rostock stammenden Schriftstellers Walter Kempowski über seine Haftzeit mit Requisiten wie einer Gefängniszellentür aus dem Rostocker Kempowski-Archiv.

Am Sonntag, 24. April 2016, endete der Kongress mit einer Gedenkveranstaltung im Haus der Justiz in Rostock, dem ehemaligen Sitz der Stasi-Bezirksverwaltung. Ehemalige Heimkinder, die aufgrund der politischen Verfolgung der Eltern in Heime eingewiesen wurden, mussten rehabilitiert werden. Die Justizministerin des Landes Mecklenburg Vorpommern Uta-Maria Kuder kündigte in ihrer Gedenkrede eine entsprechende Gesetzesinitiative an.

Der jährlich stattfindende Kongress ist die einzige Plattform, bei der Vertreter von mehr als 40 Verbänden und Initiativen aus allen Bundesländern ihre Anliegen austauschen und Forderungen artikulieren. Darunter wurde gefordert die Entfristung der Ende 2019 auslaufenden Rehabilitierungsgesetze sowie Verbesserungen bei der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden von politischer Verfolgung.

Presse-Kontakt:

Anne Drescher, Landesbeauftragte
Bleicherufer 7 | 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 734006 | Fax: 0385 – 734007
E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de